

AUFRUF ZU EINER VOLKSABSTIMMUNG

ÜBER DIE TEILNAHME VON FRANKREICH AN DER ABSCHAFFUNG VON ATOM- UND RADIOAKTIVEN WAFFEN

Wir, die menschliche Rasse, sind jetzt in unserer Würde und Existenz bedroht, und wir verlangen ein Grundrecht: das Recht auf Leben.

Dieses Recht impliziert, dass nukleare und radioaktive Waffen abgeschafft werden müssen, da sie Vernichtungswaffen und somit ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit sind. Völlig unbrauchbar, um den Terrorismus zu unterdrücken, teilen sie die Verachtung der Terroristen für das menschliche Leben.

Sie gefährden gleichzeitig das Leben, die Gesundheit und die Genome von Millionen von Menschen, ganzer Bevölkerungen und sogar das Überleben der Menschheit, denn ein nuklearer und radioaktiver Krieg würde die Erde unbewohnbar machen.

Eine solche Vernichtungskraft ist exorbitant und tyrannisch. Es gibt neun oder zehn Staatsoberhäupter, die sich jederzeit dazu entschließen können, sie ohne Rechtsmittelverfahren unverzüglich einzusetzen.

Die Bürger atombewaffneter Staaten wurden nie über den Besitz dieser Waffen befragt, und sie werden nie zu ihrem Einsatz befragt werden, obwohl sie diese Waffen finanzieren müssen. Frankreich besitzt seit 1960 Atomwaffen und hat über 300 Milliarden Euro ausgegeben um sie weiterzuentwickeln. Frankreichs 300 Bomben könnten eine Milliarde Menschen töten.

Diese Situation missachtet die Menschenrechte, denn eine einzige Atombombe bedeutet "Tausende und Abertausende von Toten - Frauen, Kinder, alte Leute, die in Millisekunden zu Asche verwandelt werden, und Hunderte von Menschen, die in den folgenden Jahren an grausamen Leiden sterben werden: Ist das nicht ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit?" (wie Alain Peyrefitte am 4. Mai 1962 zu Charles de Gaulle sagte).

Diese Situation steht im Widerspruch zum Völkerrecht, das Verbrechen gegen die Menschlichkeit verurteilt und die Staaten, die den Nichtverbreitungsvertrag ratifiziert haben, einschließlich Frankreich, verpflichtet, " in redlicher Absicht Verhandlungen zu führen und zum Abschluss zu bringen, die zu nuklearer Abrüstung in allen ihren Aspekten unter strikter und wirksamer internationaler Kontrolle führen." (Internationaler Gerichtshof, Gutachten vom 8. Juli 1996).

Sie widerspricht der französischen Verfassung, die die Menschenrechte über alles andere stellt und für diese sowie für die Verträge Achtung verlangt.

Sie widerspricht dem gesunden Menschenverstand, da es unlogisch ist, republikanische Werte einschließlich Brüderlichkeit zu verteidigen, und gleichzeitig mit Massaker zu drohen. Es wäre unlogisch, "lebenswichtige Interessen" Frankreichs mit dem Einsatz von Waffen zu verknüpfen, die selbstmörderisch wären gegen eine andere Nation anzuwenden, die ähnliche Waffen hat; unlogisch zu behaupten, Frankreichs Sicherheit könnte durch diese Waffen garantiert werden, während es anderen verboten ist, sie zu besitzen; unlogisch ihre Verbreitung zu fördern und gleichzeitig zu behaupten, sie zu bekämpfen; unlogisch zu wünschen das nationale Haushaltsbudget zu reduzieren, während Milliarden für diese Todesmaschinen verschwendet werden, die nicht gegen andere Atomstaaten eingesetzt werden können und die Terroristen nicht abschrecken können (aber in ihre Hände fallen könnten).

Schließlich widerspricht sie der Demokratie, weil das französische Volk noch nie darüber befragt wurde. Doch wissen wir aus einer kürzlich durchgeführten Umfrage, dass mehr als 80% der französischen Bürger mit JA auf die folgende Frage antworten würden:

«Möchten Sie, dass sich Frankreich für die Abschaffung nuklearer und radioaktiver Waffen einsetzt und mit allen betroffenen Staaten an Verhandlungen teilnimmt, die darauf abzielen, unter internationaler und gegenseitiger Kontrolle einen Vertrag über ein Verbot und vollständige Abschaffung nuklearer und radioaktiver Waffen zu schließen, unter internationaler und gegenseitiger Kontrolle, die streng und effektiv ist? »

Viele der Befragten wünschten sich auch eine Volksabstimmung zu dieser Frage. Um eine solche zu organisieren, muss ein Parlamentsentwurf die Unterschriften eines Fünftels der Abgeordneten und Senatoren und dann die Unterstützung eines Zehntels der registrierten Wähler erhalten.

Auf diese Weise kann das französische Volk, wenn es sich dafür entscheidet, den Weg für eine atomwaffenfreie Welt öffnen.

Wir fordern die französischen Parlamentarier auf, den ihnen unterbreiteten Gesetzentwurf zu unterzeichnen, und wir fordern das französische Volk auf, diese Initiative zu gegebener Zeit auf elektronischem Wege oder in den Rathäusern zu unterstützen.

Uns vor dem atomaren Schwert des Damokles zu retten, wird sowohl unsere Sicherheit als auch unsere Freiheit stärken, mit vollem Respekt für Menschenrechte und die Devise der französischen Republik: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit. PTO

**AUFRUF ZU EINER VOLKSABSTIMMUNG
ÜBER DIE TEILNAHME VON FRANKREICH AN DER ABSCHAFFUNG VON ATOM-
UND RADIOAKTIVEN WAFFEN**

Bitte zurücksenden an:

Action des Citoyens pour le Désarmement Nucléaire (ACDN)

31 Rue du Cormier

17100 Saintes

France

oder E-mail an: contact@acdn.net

Ich der/die unterzeichnete

Herr Frau Vorname:

FAMILIENNAME:

Position, Beruf, Titel oder Rang:

Staatsangehörigkeit:

E-Mail (nicht zu veröffentlichen):

PLZ:

Ort:

Land:

Postanschrift (nicht zu veröffentlichen):

Ich ERKLÄRE, dass ich den Aufruf zu einer französischen Volksabstimmung unterschreibe und das Gesetz unterstütze, eine Volksabstimmung über die Beteiligung Frankreichs an der Abschaffung nuklearer und radioaktiver Waffen durchzuführen.

Ich bin damit einverstanden, dass meine Unterstützung öffentlich gemacht werden kann. Ich ermächtige ACDN, mich über den Fortschritt der nationalen Kampagne betreffend diese Volksabstimmung zu informieren und wie sie gewonnen werden kann.

Unterschrift

Ort

Datum

ICH SPENDE